

Danziger Zeitung.

M 12762

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reutterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Insertate kosten für die Petzelle oder deren Raum 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1881.

Abonnements auf die Danziger Zeitung pro Mai und Juni nimmt jede Postanstalt entgegen, in Danzig die Expedition Reutterhagergasse No. 4.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 28. April. Der Reichstag nahm heute in dritter Lesung das Gesetz über die Controle des Elsaß-Lothringischen Landeshaupts an und verwies die Vorlage über eine Änderung des Gerichtskostengesetzes an eine Commission von 14 Mitgliedern. Alle Redner sprachen sich für eine über die Vorlage hinausgehend weitere Ermässigung aus. Abg. Reichensperger verlangte eine organische Reform des Kostenwesens. Staatssekretär v. Schelling erklärte, die Bundesregierungen könnten eine Verringerung der Einnahmen aus den Justizgebühren nicht acceptiren. Es folgt die erste Berathung der Gewerbeordnungs-Novelle. Abg. Brau (Glogau) bekämpft die Vorlage als dem Geiste der Gewerbefreiheit widerprechend. Die Abg. v. Hellendorf und Günther sprachen für die Vorlage, die keineswegs die polizeiliche Willkür stärken und deren Gewerbefreiheit beschränken, sondern nur deren Auswüchsen entgegentreten solle. Abg. Richter bekämpfte die Vorlage im Sinne Brauns. Die Novelle wurde an die Gewerbeordnungs-Commission verwiesen. — Nächste Sitzung Freitag.

Berlin, 28. April. Über den Unglücksfall in Wilhelmshaven wird gemeldet, daß die Langgranate, welche vorschriftsmäßig untersucht und gut eingesehen war, in dem Moment ereigte als die Kartusche eingelegt werden sollte, wodurch auch diese explodierte. Das Zusammenwirken der nach hinten herausgeschleuderten Sprengstücke der Granate mit der Pulverflamme der Kartusche hat schwere Verluste herbeigeführt. Die gerichtliche Untersuchung ist sofort angeordnet; es läßt sich aber schon jetzt durch die sofort nach der Katastrophe protocollirten Aussagen der Augenzeugen bestimmt haben, daß das Unglück nicht auf ein Verschulden bei der Bedienung des Geschützes zurückzuführen ist. An Ansicht fehlt es nicht. Unter Anderem gab der Lieutenant Reinke zu Protokoll, daß das Geschütz vorschriftsmäßig bedient worden ist.

L. Disciplinirbare Majorität.

Der Abg. Roggemann hat in der Rede in Brakel, in welcher er seinen Wählern gegenüber den Entschluß, aus der nationalliberalen Fraction auszutreten, eingehend motivierte, als entscheidendes Moment die Stellung bezeichnet, welche die nationalliberalen Fraction in ihrer überwiegenden Mehrheit zu den sozialpolitischen Fragen einnehme, die ja in nächster Zeit eine Hauptrolle spielen würden. Man darf daraus schließen, daß der Standpunkt, den die nationalliberalen Mehrheit in diesen Fragen einnimmt, von einer Reihe von Mitgliedern nicht

geheilt wird, welche gleichwohl dem Beispiel des Herrn Roggemann bis jetzt nicht gefolgt sind. Wie groß diese Minorität ist, wissen wir nicht; die Bemerkung des Abg. Roggemann aber läßt darüber keinen Zweifel bestehen, daß auch heute noch die Fraction äußerlich gesehen, in Wirklichkeit aus zwei Fractionen besteht. Man kann diese Thatsache constatiren, ohne polemischen Absichten zu folgen. Wenn es aber in der That innerhalb der nationalliberalen Fraction eine zweite — größere oder kleinere — Fraction gibt, welche wirtschaftlich und politisch auf demselben Boden steht, wie die Secession, so muß es überraschen, daß seitens der Parteileitung nichts geschieht, um zu der Formulierung eines für alle Liberalen annehmbaren Programms die Hand zu bieten. Man ist es allerdings gewöhnt, der Secession den Vorwurf zu machen, daß sie den Charakter einer "liberalen" Partei denjenigen abspreche, welche in wirtschaftlichen Fragen nicht auf demselben Standpunkte stehen. Auf welchem politischen oder wirtschaftlichen Standpunkte aber die nationalliberalen Fraction heute steht, ist für uns wenigstens ein Geheimnis. In einer ähnlichen Unwissenheit scheint sich die Reichsregierung zu befinden; wenigstens sind die wiederholten Aufrüttungen der offiziösen Presse, die nationalliberalen Partei möge doch endlich der herrschenden Unklarheit ein Ende machen, nur unter jener Voraussetzung verständlich.

Eine der merkwürdigsten Kundgebungen in dieser Richtung ist ein Berliner Bericht, den vor einigen Tagen die Wiener "Politische Correspondenz" veröffentlicht. Der Bericht betont die Notwendigkeit, eine "disciplinirbare Majorität" zu schaffen, deren Existenz über Dauer einer Legislaturperiode hinaus verbürgt sei. "Solche Bürgschaften", heißt es dann, "können sich bei uns nur bilden aus einer umfassenden Verständigung der Mittelparteien mit dem Kanzler, weil nur der Kanzler den Blick für das Notwendige, und weil nur die Mittelparteien den Blick für das Mögliche haben." Der Berichtsteller beweist, daß diese Verständigung schon bis zu den nächsten Wahlen gelingen werde, und weist demnach auf die Eventualität hin, daß die nächsten Wahlen nur eine Etappe sein würden auf dem Wege, an dessen Ende die "disciplinirbare Majorität" gefunden werden soll. Was der Reichskanzler unter einer solchen Majorität versteht, ist bekannt; hat doch der selbe unlängst im Reichstage aus einandergesetzt, daß das deutsche Reich sich den Luxus politischer Parteimeinungen noch nicht gestalten könne, daß die brennendsten Fragen wirtschaftlicher Natur seien. Daraus folgt, daß die Mittelparteien — d. h. die gemäßigt liberalen und die gemäßigt conservativen — wenn sie ihre Stelle in der "disciplinirbaren Majorität" einnehmen sollen, die politischen Parteunterschiede zurückdrängen und sich ausschließlich auf den Boden der Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers stellen müssen. Im Gegensatz zu dieser Auffassung hat bekanntlich die nationalliberalen Partei bisher den Grundriss aufgestellt, in wirtschaftlichen Fragen den Mitgliedern volle Freiheit der Auffassung zu lassen. So lange dieser Grundriss fest-

gehalten wird, ist eine "disciplinirbare Majorität", an der die Partei partizipieren soll, unbestimmt. Es wäre sehr zu wünschen, und zwar im Interesse der liberalen Sache, daß die Partei ihre Stellung nach rechts mit derselben — wir wollen nicht sagen Schärfe, aber doch mit derselben Klarheit zum Ausdruck brächte, wie sie das zum Überschluß in den letzten Wochen gegenüber den links stehenden Gruppen gethan hat.

Deutschland.

Berlin, 27. April. Der Abg. Dr. Buhl wird, wie man hört, zunächst von einem Antrage an den Reichstag wegen des Verbots von Kunstweinen, Abstand nehmen und den Versuch machen, ob es gelingt, die Reichsregierung zum Erlass eines solchen Verbots durch laisserie Verordnung auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes zu bestimmen. Die Absicht geht dahin, ein Verbot der Verwendung von Säuren und fäurehaltigen Stoffen, sowie von Glycerin, bei der Weinfabrikation herbeizuführen, da dadurch die eigentliche Fabrikation von Kunstweinen, nicht aber die Galvanisation der Weine, auf welche namentlich die Weinproduzenten an der Mosel nicht verzichten wollen, unmöglich gemacht würde. Die Frage der Behandlung der Kunstweine ist übrigens schon durch einen, im Landesausschuß für Elsaß-Lothringen eingebrachten Antrag in Anregung gebracht worden, der freilich nicht ein Verbot dieser Weine, sondern eine höhere Besteuerung derselben bevekt. Indessen würde eine solche Maßregel der Fabrikation von Kunstweinen schwerlich einen wirklichen Damm entgegensezzen. — Zu den wenigen, dem Reichstag zugegangenen Petitionen, welche nicht nur dem Versicherungsmonopol zu Gunsten der Reichsanstalt, sondern auch der Beteiligung des Reichs an der Prämienzahlung im Prinzip zustimmen, ja die letztere sogar auf sämtliche Versicherte ausdehnen wollen, gehört diejenige des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen. Die Petition bringt im Ubrigen eine erhebliche Zahl von Abänderungen in Vorschlag. — Der Bericht über die Rede des Abg. Roggemann in Brakel scheint in einem Punkte irrtümlich zu sein, wenigstens wurde heute im Reichstage versichert, Herr Roggemann habe nur seinen eigenen Auskript aus der Fraction, nicht aber auch denjenigen anderer Fractionen, in Aussicht gestellt. Jedenfalls stellen die Abgeordneten, deren Namen bisher genannt sind, eine solche Absicht in Abrede.

F. Berlin, 27. April. Der große Ausfall im Ertrage der Rübenzuckersteuer für das Staatsjahr 1880/81, welcher sich nach der kürzlich veröffentlichten Übersicht der Reichseinnahmen gegenüber dem Vorjahr auf 17½ Millionen M. gegenüber dem Ansatz im Etat sogar auf 19 Millionen M. bezieht, hat zu Förderungen Anlaß gegeben, welche den Grund dieses Ausfalls wesentlich darin suchen, daß bei unserem heutigen Steuersystem beim Zuckerexport eine Ausfuhrprämie gezahlt werde, welche in Folge der außerordentlichen Steigerung des Exports im letzten Jahre das Ergebnis der Steuer empfindlich habe schmälern müssen. Diese Annahme ist indessen nur insofern berechtigt, als bei dem bestehenden Modus der Rübenbesteuerung und den seit ihrer Einführung eingetretenen Fortschritten der Technik allerdings die Zahlung einer Exportprämie aus der Reichsfinanz vorkommen kann; der diesjährige Ausfall kann dadurch allein aber nicht erklärt werden. Dafür

ist vielmehr in erster Linie das Stadium entscheidend gewesen, in welchem sich die Rechnungsabwicklung gerade beim Schlüsse des Finanzjahrs befand. Für die Zahlung der Steuer wird den Fabrikanten ein Credit von jedem Monaten gewährt; die auf die Ausfuhr entfallenden Rückvergütungen werden binnen drei bis vier Monaten berichtiggt. Diese schnellere Abwicklung der Bonificationsauszahlungen als der Steuereinzahlungen muß natürlich ihre Wirkung besonders stark bei einer ausnahmsweise hohen Ausfuhr äußern. Daß dies im Finanzjahr 1880/81 auch tatsächlich der Fall gewesen ist, beweist die Übersicht über die zur Anschreibung gelangten Einnahmen (Soll-Einnahme). Die Soll-Einnahme aus der Rübenzuckersteuer, welche die creditirten Steuerbeträge einschließt, bleibt nämlich nach Abzug aller bisher angeführten Bonifications für 1880/81 nur um fünf Mill. Mark gegen das Jahr 1879/80 zurück, während der Ausfall in der Ist-Einnahme, wie oben bemerkt, 17½ Mill. Mark beträgt. Es läßt sich hierauf annehmen, daß im weiteren Laufe der Rechnungsabwicklung aus der Rübenzuckersteuer pro 1880/81 noch ganz erhebliche Summen in die Reichskasse fließen werden, nur werden sie die Bilanz des abgeschlossenen Finanzjahrs nicht mehr verbessern, sondern dem neuen Finanzjahr 1881/82 zu Gute kommen. Man wird also mit dem definitiven Urtheil über das Resultat der Zucker-Campagne 1880/81 für die Reichsfinanz noch einige Zeit zurückhalten müssen, und zwar um so mehr, als dabei noch andere Momente in Betracht kommen. In der Fachpresse der Zuckerindustrie ist bereits darauf hingewiesen, daß nach den sehr starken Zuckeraussendungen in das Ausland, welche die Export-Conjunctur der letzten Monate veranlaßt hat, Deutschland möglicherweise im Laufe der nächsten Monate für seinen Consum selbst wieder Zucker vom Auslande werde beziehen müssen; hierfür würde die Reichsfinanz ihrerseits mit einer stärkeren Einnahme aus den Zuckerzöllen interessirt sein. Daneben ist aber auch die Möglichkeit einer bei der Theuerung der wichtigsten Lebensmittel eingetreteten Abnahme des Zuckerverbrauchs nicht ausgeschlossen. Ob die bisherige Einnahme aus der Zuckersteuer über dies auch durch eine Exportprämie geschmälert worden ist, läßt sich zur Zeit mit Sicherheit wohl meder verneinen, noch bejahen. Bei unserem System, welches den zur Verarbeitung gelangenden Rohstoff der Besteuerung unterwirft, ist das Vorkommen einer Exportprämie von dem Zuckergehalt der Rübe abhängig. Nur ist die leichte Rübenrente der Qualität nach unbedeutend nicht günstig ausgefallen; die Zeitschrift "Die Deutsche Zuckerindustrie" nimmt sogar an, daß diesmal zur Herstellung eines Centners Zucker 12 Gr. Rüben erforderlich gewesen seien, wonach von einer Exportprämie überhaupt nicht die Rede sein könnte. Selbst wenn man die Ergebnisse der neuesten technischen Fortschritte, des Glutions- und des Osmoseverfahrens, noch so hoch veranschlägt, wird unter allen diesen Umständen für den bisher konstituierten Ausfall die Exportification allein gewiß nicht verantwortlich gemacht werden können. Immerhin ist es im Interesse der Reichsfinanzen wie im Interesse einer dauernd gesunden Lage der Zuckerindustrie nicht zu beklagen, wenn dieser Ausfall zu einer genauen, aber unbefangenen Prüfung der Wirksamkeit unseres gegenwärtigen Zuckersteuersystems führt.

J. Berlin, 27. April. Wenn man nur die conservativen Berliner Zeitungen liest, so muß man glauben, daß die Reichshauptstadt vollständig reaktionär geworden sei. Täglich finden hier conservative

Kranken in seinem fast immer beschränkten Lokale und bei der nämlichen Umgebung zweckmäßig zu behandeln. Es kann zumal bei dem schnellen Verlaufe der Krankheit nicht fehlen, daß die ärztliche Hilfe meist vergeblich ausfällt, daß also die Bekanntschaft des Arztes nur dazu dient, die Sperrre herbeizuführen, und mehrere Menschen außer Thätigkeit zu setzen. Immer wieder zeigte es sich, daß diese unvernünftige Sperrre das Hauptziel und das Haupthindernis für jede wirkliche Bekämpfung der Krankheit sei.

Dies hat sich auch dem gemeinen Manne so bald gezeigt, daß er die ärztliche Hilfe förmlich vermeidet, den Arzt häufig beleidigt und in seiner Verrichtung stört, sich mit eben so vielem Vertrauen aufzubaldern, hingibt, als er Misstrauen gegen den Arzt hat. Weil er sich dem ersten gleich beim Beginnen der Krankheit meldet, Alles thut, was dieser verordnet, und von allen Angehörigen dabei unterstützt wird, kommt es auch öfter vor, daß Cholerakranke von solchen Leuten geheilt werden, während der Arzt nur Todenschein schreibt. Dabei tritt im ersten Falle, weil Niemand von der Krankheit hört, keine Sperrre ein, im letzteren wird gesperrt. Es kann nicht fehlen, daß jeder Ungebildete durch solche Thatsachen gegen den Arzt aufgebracht wird, und seine Thätigkeit hemmt. Dies ist in Ohr und Umgegend so arg gewesen, daß wir eine Zeit lang den Arzt durch Gendarmen haben unterstüzen, und ihn endlich ganz abberufen und Ortschaften ihrem Schicksal haben überlassen müssen, weil der Arzt nicht zur Fortsetzung seines Geschäftes unter so ungünstigen Verhältnissen zu bewegen war.

Die Berichtsteller weisen dann nach, daß eine Sperrre, wie sie vorgeschrieben war, auf dem platten Lande gar nicht durchgeführt werden konnte, da die polizeilichen Kräfte ganz und gar fehlten, und selbst die Schulzen alle mit der Ente vollauf beschäftigt seien. Eine Sperrre aber, die erst dann eintritt, nachdem die angeordnete Leichenbesichtigung behufs der Beerdigung stattgefunden hat, müßte schlimer wirken als gar keine. „Wird nachträglich gesperrt, so werden dadurch in der Ente, wo fast nur Hände genug zur Arbeit zu finden sind, der Arbeit rüstige Leute entzogen, ihr Verdienst gehemmt, ihr Wohlstand zerstört. Es läßt sich leicht berechnen, wie sehr geneigt unter solchen Umständen die Landbewohner sein müssen, die Sperrre nicht zu halten. Da nun überdem die Wachen nur durch Ortsbewohner geschehen können, die ebenfalls nötiger bei der Ente als bei der Wache scheinen; da Niemand die Sperrre zu controlliren vermöge, das ist die Schulzen und Rathmänner, die interessirt sind,

die Cholera morbus über die zum Polizeibezirk von Danzig gehörenden ländlichen Ortschaften noch wenig verbreitet war; sie wütete nur in der Stadt.“ Für jene ländlichen Ortschaften waren daher auch noch wenige Vorberührungen, als Bildung von Sanitäts-Commissionen, Anlegung von kleinen Lazaretten, Anschaffung von Medicamenten usw. getroffen worden. Die Seuche aber nahm in ganz unerwartetem Maße ab, so daß schon „Jeder sich der freudigen Hoffnung hingab, daß wir bald von derselben ganz befreit sein würden.“ Man führte also alle Anordnungen mit unverminderter Strenge fort. „Aber dennoch brach die Cholera unerwartet mit größerer Wuth aus als je bisher. Sie blieb nicht mehr in der Stadt, sie verbreitete sich auch auf die Umgegend.“

Nunmehr entwidelt sich ein Drama ganz eigener Art und es kam zu einer Auflösung aller Ordnung, die im preußischen Staate ganz unerhört war, und zur Warnung davor dienen sollte, durch unverantwortliche und prinzipiellwidrige Zwangsmaßregeln unmenschliche Zustände hervorzurufen, sei es durch Contumazmaßregeln, sei es durch wirtschaftliche Sperrre. Die Zahl der Kranken nahm so zu, daß man die Unzulänglichkeit der Lazarethe vorausah. Die Stadt sollte daher ein neues Lazareth einrichten: kein privatus wollte dazu sein Haus hergeben. Die Commune sollte eins kaufen. Dies erforderte bedeutenden Aufwand. Dazu nahm die Zahl der zu sperrenden Häuser beeindruckend zu, der zu verpflegenden Personen wurden immer mehr und doch wurde von der Stadt definitiv verlangt, daß sie nicht bloss in Zukunft alle Ausgaben wegen der Cholera selbst tragen, sondern auch die bisherigen Vorschüsse zu diesen Kosten erstatzen solle.“ Dies scheint den Wendepunkt in der ganzen Angelegenheit herbeigeführt zu haben. Zunächst erklärten „die Stadtverordneten und der Magistrat einstimmig und zu wiederholten Male auf das Bündnis, daß die Stadt diese Ausgaben aufzubringen außer Stande sei, und daß jedenfalls eine Modification der bisherigen Maßregeln erfolgen müsse.“ Darauf erfolgte denn der oben erwähnte milde Beschluß der Sanitätscommission vom 30. Juli. Man ersparte darüber „über die Hälfte der Verpflegungen und Bewachungskosten, täglich also gegen 150 bis 200 Thlr.“

Halbe Maßregeln sind immer unwirksam. Der gefundene Sinn der Bevölkerung sucht sich zu helfen, so gut er konnte. Es ist „doch nicht gelungen, eine zeitige Anmeldung der Cholerafanten zu erreichen. Im Gegenteil sucht noch immer Jeder sich selbst zu helfen, und wendet die durch die Erfahrung gegebenen äußeren Mittel so wie innere erwähnte Getränke, auch wohl Medicamente von Windeconsulenten so lange an, bis entweder Heilung eintritt, oder der

Tod vor Augen ist. Die so Genesenen, deren Zahl groß ist, werden gar nicht gemeldet, und die schweren Kranken werden halb tot in das Lazareth geführt, um dort bald nach der Ankunft zu sterben. Schräfig geschieht die erste Meldung auch erst, wenn der Tod erfolgt ist.“ So ging die Sache immer weiter. Im Publikum war man davon überzeugt, daß die Krankheit nicht ansteckend sei, und „so kann es nicht fehlen, daß während der Krankheit, bevor die Behörden etwas erfahren, viele Personen zu den Krankenhäusern, die sich weislich vor Anlegung der Sperrre entfernen.“ Wäre die Krankheit ansteckend, so leuchtet ein, daß bei solchen Umständen schon die sämtlichen Einwohner von Danzig hätten angesteckt sein müssen.“ Und aus allen diesen Wahnsinnungen zogen denn die Herren die Lehre, welche seitdem wieder allen Erfahrungen zum Trotz laufend misachtet worden ist: „wo sich die allgemeine Meinung vereinigt, dem Wirkten der Behörde entgegen zu handeln, kann dieselbe nur Unvolkommenes leisten.“ Aber was man nach dieser Richtung hin in der Stadt selbst erlebt, das war doch eigentlich nur das Vorispiel zu dem, was vor dem Thore der Stadt sich ereignete. „Wir haben uns bemüht“, so fahren die Berichtsteller fort, „für mehrere Ortschaften einige Arzte zu schaffen: der Dr. Davidsohn war für Ohr, Schottland, Schweinsköpfe, Scharfenort, Guteberge, St. Albrecht, der Dr. Beck für Schidlitz, Schillingsfelde, Emaus und die nähere Umgegend, der Chirurgus Schuster für Langfuhr, Neuschottland, Heiligenbrunnen, Hochstriek bestimmt. Die Chirurgen Lehmann, Wirthschaft und Napierli für Fahrwasser und Weichselmünde. Diese Herren nahmen ihren Wohnsitz in der Mitte des ihnen angewiesenen Bezirks. Es wurden hin und wieder kleine Lazarethe angelegt. Doch an den meisten Orten kam die Errichtung nicht zu Stande, weil keiner der Beteiligten Geldbeiträge dazu geben wollte, und in jüngerer Zeit Executionen nicht ausführbar sind. Hin und wieder sind Vorschüsse gegeben worden, doch haben einige Ortschaften die Annahme von Vorschüssen verweigert, und geradehin erklärt, daß sie keine Lazarethe zu haben wünschen.“ Die Leute waren also schon so gescheut geworden, daß sie das Elend der Stadt sich vom Halse zu halten entschlossen waren. Aber das Verfahren hatte doch eine böse Seite, welche die Sanitätscommission auch hervorhob. „Es leuchtet von selbst ein, daß bei der Ausdehnung des jedem Arzt zugewiesenen Bezirks ohne die Lazarethe, wohin die Kranken ohne Weiteres gebracht werden, der Arzt ganz außer Stande ist, jeden Kranken auf ergehende Aufforderung zu besuchen und daß es noch weniger möglich ist, jeden

Versammlungen statt, welche sich allerlei Namen beilegen. Bald beginnen sie sich einfach mit dem Namen "conservativ", bald sind sie "christlich-social", bald nennen sie sich "Deutscher Reichsverein", "Sozialer Reformverein", "Deutscher Bürgerverein" u. s. w. Nachdem Herr Stöcker mit so geringen politischen und volkswirtschaftlichen Kenntnissen es bis zu einer auf conservativer Seite anerkannten Größe gebracht hat — im Lande der Blinden sind die Einäugigen Könige — treten mehrfach kleine Häuplinge, meist jüngere Lehrer mit einer lauten Stimme und einer siegenden Suade, als Parteiführer auf; denn ohne einen eigenen Verein und eine eigene Partei ist man es einmal nicht; sich den Concurrenten anzuschließen sind einzelne zu stolz. In Abwesenheit eines bekannten Antisemitenführers, des noch immer an den Stockschlägen seiner beiden Gesinnungsgenossen darunterliegenden Dr. Förster, in dem eine besondere Partei repräsentirenden und von Förster gegründeten "deutschen Reichsverein" hat in diesen Tagen des genannten Parteigründers jüngerer Bruder, ein Lehrer an der neuen städtischen Falsch-Realschule, wiederum die Gründung einer neuen Partei proclamirt, die der "Zukunfts- oder Reform-Conservativen". Als besonderes Merkmal derselben hat er ausgeführt, daß "ihr oberstes Geley die Wohlfahrt des Staates ist." Der junge Mann scheint das als die Proklamation eines neuen Grundgesetzes gehalten zu haben. "Das eigentliche Haupt" dieser Partei des Herrn Dr. Paul Förster sei — so verkündet er — zur Zeit der Fürst Bismarck. Die "Zukunfts- oder Reform-Conservativen" des Herrn Förster junior scheinen die älteren conservativen Parteien weit zu übertreffen, denn sie sind, wie ihr Gründer versichert, die "Hauptpartei der Conservativen". Er muß es ja selbst am gesten wissen. — Man irrt, wenn man diesem Treiben eine größere Bedeutung für die Zukunft oder auch nur für die nächsten Wahlen beilegt. Stöckers Christlich-Sociale machen vor den letzten Wahlen eben so viel Spektakel, und das Wahlresultat war so läufig, daß es gar nicht in Betracht kam. Mit den jetzigen Nachlässen Stöcker's dürfte es nicht besser bestellt sein. Auch Stöcker's heutiger Anhang wird überschätzt. Die Berichte über die von ihm initiierten Versammlungen müssen mit dem nötigen Verständniß aufgefaßt werden. So brachten die hiesigen conservativen Blätter vor wenigen Tagen einen Bericht über eine sehr zahlreiche besuchte conservative Versammlung in der Vorstadt Moabit, in welcher Stöcker's und anderer Conservativer Reden mit lautem Beifall aufgenommen wurden. Diese Thatsache ist schon richtig, aber die Moabiter haben damit nichts zu schaffen. Schon vor der festgelegten Stunde erschienen plötzlich etwa 800 Leute, meist in noch sehr jugendlichem Alter, welche den Moabitern gänzlich unbekannt waren. Sie occupirten die besten Plätze des Saales in dessen Mitte und in der Nähe der Rednertribüne. Die Moabiter Bürger waren natürlich zum größten Theile nicht erschienen, einige Namen aus Neugierde und musterten sich in den Winkeln des Saales zurecht; es wurde aber von ihnen Niemand zum Worte gelassen. Den sich Meldenden wurde bedeutet, die Rednerliste sei schon vorher festgesetzt, Niemand dürfe weiter das Wort ergreifen. Es sprach sodann Herr Stöcker und noch zwei andere Herren, und sie erhielten lauten Beifall. Es ging Alles wie am Schnürchen, die Claqueurs waren anscheinend in diesen Dingen schon recht geübt. Diese 800, bald mehr, bald weniger, ziehen nun in allen Bezirken der Stadt umher und bilden den festen Stamm der Versammlungen. Sie sollen auch das Material bilden, mittelst dessen die liberalen Versammlungen gesprengt werden. Wie viele davon diesen Dienst aus Jananismus für den "neuen Luther", wie er um materieller Gründe willen thun, läßt sich schwer feststellen.

+ Kiel, 26. April. Die Vorbereitungen für das Königsmäärer des 9. Armeecorps, welches im Herzen Holsteins zwischen Elmshorn, Kellinghusen u. s. w. stattfinden wird, sind bereits im vollen Gange. Der Kaiser wird sich Ende September von den Leistungen des 1867 errichteten Corps überzeugen, welches sich im deutsch-französischen Kriege durch Zähigkeit und Marschfähigkeit bei Metz und in den Kämpfen an der Loire ausgezeichnet hat. Nach den bisherigen Bestimmungen wird das Hauptquartier des Kaisers in Jychoe sein. Uebrigens verlautet aus gut unterrichteten Kreisen, daß sowohl zum Schutz der Eisenbahnlne Altona-Kiel, als auch eines für den Kriegsfall zu errichtenden Lagers bei Loddstedt in Elmshorn ein starker Brückenkopf gegen einen von Süden oder Westen andringenden

Feind erbaut werden soll. Von den Übungen des 9. Corps wird dem Vernehmen nach der Kaiser sich nach Kiel begeben, wo in der prächtigen Bucht von dem am 2. Mai in Dienst zustellenden Panzergeschwader ein großes Seekriegsmanöver, ähnlich wie im vorigen Jahre unter den Augen des Kronprinzen, ausgeführt werden soll, wobei auch die Landarmee mitwirken dürfte. Als Manöver-Jdee wird angegeben die Fortsetzung der Einfahrt des Kieler Hafens durch eine feindliche Flotte. Dieser Eingang ist seit 10 Jahren wohlverwahrt. Die frühere kleine Festung Friedrichsort (1532 erbaut) ist in ein Befestigungswerk ersten Ranges umgewandelt, das gewaltig, auf den beherrschenden Uferhöhen erbauten Forts Falckenstein, Slosch und Korügen sind erst im Laufe des letzten Jahrzehnts entstanden. Mit den colossalen Geschützen ihrer Werke können sie ein so vernichtendes Kreuzfeuer unterhalten, daß die Kieler Hafenmündung im Ernstfalle für unpassierbar gilt. Dazu kommen noch die Vertheidigungsmittel der Hafensperre, unterseeische Minen und Angrißtorpedos, so daß die Marinestandorte mit ihren Werken von vielen Millionen gegen jeden von der See kommenden Feind geschützt sind. Kiel selbst aber ist eine offene Stadt und auch die Marinewerften von Ellerbeck-Gaarden sind nach der Landseite ohne jeden Schutz. Jetzt wird in militärischen Kreisen der Plan ventiliert, Kiel in eine Festung umzuwandeln oder es doch mit einem Gürtel von achtzehn größeren und kleineren Forts zu versehen. Generalmajor Sandkuhl hat vor einiger Zeit das sehr günstige Terrain besichtigt, die nothwendigen Vermessungen sind erfolgt und man glaubt, daß diese wichtige Angelegenheit bei der bevorstehenden Anwesenheit des Kaisers in Kiel zur definitiven Entscheidung gelangen werde. Es ist ein Glück, daß der Reichs-Festungs-Neubau fonds mit noch ca. 75 Millionen dotirt ist.

Schweiz.

Bern, 25. April. Über die, wie bereits telegraphisch gemeldet, vom Bundesrathe eingeleitete Untersuchung, betreffend den in Genf angeklagten gewesenen Protest gegen die Hinrichtung der Tessi Helfmann, wird soeben amtlich folgendes mitgetheilt: "Die Thatsache, daß am 21. d. M. in Genf eine Protestation angeklagt wurde, welche die Hinrichtung in Petersburg betrifft, und der Umstand, daß für diese Publication die Bemühung der Polizei beförderter worden ist, hat den Bundesrathe veranlaßt, gestützt auf Art. 12 des Gesetzes über die Bundesstrafrechtspraxis, zu beschließen: Es sei durch den Staatsanwalt eine Untersuchung über die Veranlassung und den Verlauf dieser Vorgänge zu veranstalten, durch welche in erster Linie diejenigen in Genf wohnenden Ausländer und ausländischen Gesellschaften zu ermitteln sind, welche bei diesem Vorfall beihilft waren. Die Untersuchungskosten sind dem Bundesrathe einzuzahlen, der darauf das Weiterre verfügen wird." — Uebrigens haben Mehrere, deren Namen unter dem Protest steht, erklärt, daß er ohne ihr Wissen dorthin gesetzt sei, so der Präsident des Mechanikervereins und die Genfer Section des Grütlivereins.

Schweden.

Stockholm, 24. April. Dem Grafen Henning Hamilton ist es, wie "Göteb. P." mittheilt, durch Mithilfe seiner Verwandten möglich geworden, seine Schulden zu beglichen. Nachdem seine Mobilien und Effecten in Stockholm und auf Heldenlund in öffentlicher Auction verkauft worden und er sein Amt als Secretär bei der schwedischen Akademie niedergelegt hat, wird er in nächster Zeit nach dem Auslande abreisen, um dort bleibenden Aufenthalt zu nehmen. — Aus Sundsvall wird unter dem 17. April berichtet, daß der Schne jetzt durch die Wärme der Sonnenstrahlen zum Theil geschmolzen, daß aber das Eis noch unverändert den dortigen Hafen blockiert. Bei Bremensund hat das Eis jetzt noch eine Dicke von ca. 3 Fuß. — Nach Szwawik hinaus wird das Eis auf dem Ahnsund mit beladenen Schlitten befahren und selbst wenn das jetzige milder Wetter anhalten sollte, kann man nicht darauf rechnen, daß die Schiffsahrt vor Ende Mai eröffnet wird, da die Nächte fortwährend kühle sind. — Im Hafen bei Kalmar ist Sonnabend das erste Segelschiff, bugisirt von einem Dampfer, eingekommen.

Frankreich.

Paris, 26. April. In Toulon finden heute starke Zusammenziehungen von Truppen statt, die nach Algerien geworfen werden sollen, wo die Gährung unter den Mohamedanern steigt; indeß fürchtet die Regierung keine ernstlichen Aufstände, wenn die Operationen gegen Tunis einen regelmäßigen Verlauf

nehmen. Man versichert, die Regierung habe beschlossen, wegen der in Algerien herrschenden Aufruhr ein Corps von 30 000 Mann dorthin zu senden.

Italien.

Rom, 23. April. Die Beziehungen zwischen Italien und Frankreich haben sich, wie die halbamtlichen Blätter beider Länder melden, wieder freundlicher gestaltet. Die Organe des Ministeriums Ciroli verkünden, wie sehr es in französischen Regierungskreisen befriedigt habe, daß dasselbe am Ruder bleibe. Das "Popolo Romano" theilt mit, der Minister des Innern werde dem Pariser Cabinet den Gefallen thun, das in Cagliari in arabischer Sprache gedruckte Blatt "Mofstah" weil es den Aufruhr in Algier predigt, zu unterdrücken, die Regierung denkt auch nicht daran, eine Flotte nach der tunesischen Küste zu senden, und habe die Pflicht, im wahren und allgemeinen Interesse des Landes zu erklären, und zwar mit der Loyalität, welche den Ministerpräsidenten Ciroli charakteristise, daß Italien die aufrichtigen und freundschaftlichen Beziehungen, welche er seit so vielen Jahren mit Frankreich pflege, aufrecht erhalten wolle. Die Regierung bau auf den gefundenen Sinn und die Billigkeit der Republik und hoffe, daß dieselbe die nämliche Frage auf eine verbindliche Art löse. Die italienische Deputirtenkammer werde gewiß diese Erklärung, welche alle Wolken verschüttet, günstig aufnehmen, die ängstlichen Gemüthe würden sich beruhigen und dem wirtschaftlichen und finanziellen Aufschwunge des Landes nicht fernher hinderlich sein. Die Organe der gemäßigten Partei, welche durch Sella dem Ministerpräsidenten gelegentlich der letzten Debatte über die auswärtige Politik ihren Tadel ausgedrückt hatte, daß das Cabinet nicht bessere Freundschaft mit Frankreich unterhalten habe, tadeln freilich jetzt, daß dies geschieht, und wollen von "Mäßigung" jetzt nichts mehr wissen. Cispis "Riforma" secundirt ihnen und predigt den Widerstand gegen Frankreich bis aufs Messer, denn offenbar wolle sich dasselbe nicht nur das Protectorat über Tunis, sondern auch über Italien anmaßen; Garibaldi habe ganz recht, wenn er meinte, daß die Besetzung der Regentenschaft durch die Franzosen einer Besetzung der italienischen Inseln Sicilien und Sarдинien gleichkomme. Nicotera scheint seinem Ver sprechen, das Ministerium zu stützen, treu bleiben zu wollen, denn sein "Beriglione" ermahnt die Abgeordneten der Linken zur Einigkeit und beschwört dieselben, dem Auslande zu zeigen, daß die Versöhnung der Gruppen der Linken eine dauernde bleiben und darauf gerichtet seien werde, der Regierung Stärke und Ansehen zu verschaffen.

England.

Dem "Standard" wird gemeldet: Petersburg befindet sich fortwährend in einem Zustande dästerer Niedergeschlagenheit. Obgleich eine beträchtliche Vermehrung der Garnison angezeigt werden, verlassen die wohlhabenderen Klassen die Stadt und ist der zwangsweise und freiwillige Verkauf von Häusern ein ganz unerhörter. Trotz des Wechsels von Beamten und Dienern ist dem Kaiser in Kaschira eine Proclamation des Römischen Executiv-Comités zugemietet worden, welche ihm den Entschluß der Revolutionäre fundiert, ihn durch den dreifachen Kreis der ihm umgebenden Soldaten zu erreichen. Von den Ministern verbleiben nur diejenigen in der Hauptstadt, welche noch nicht mit ähnlichen Episteln bedacht worden sind.

* Aus Petersburg wird der "Daily News" geschrieben: "Außer der Entdeckung einer geheimen Druckerei und der Verhaftung von drei in dem Lokale anwesenden Personen in Kiew während der Nacht des 11. März war die Petersburger Polizei in der Aufspürung revolutionärer Deporten während der letzten zwei Wochen äußerst thätig und erfolgreich. Es verlautet allgemein, daß am 10. April in einem Hause in der Jurstabysstraße eine Druckerei mit Beschlag belegt und 10-23 Personen verhaftet wurden. Zuverlässige Einzelheiten über die Beschlagnahmen und verhafteten Personen sind nicht erlangbar. Ueber folgendes Fälle bin ich indeß gut unterrichtet. Vor einigen Tagen wurde in der Chernihoffstraße eine angeblich der "Narodnaja Wola" gehörige Druckerei entdeckt und dasselbe etwa ein Dutzend Personen verhaftet. Am Tage der Hinrichtung der Kaisermörder und in der unmittelbaren Nachbarschaft des Richtstätte wurden drei Personen arretiert, die mit dem Drucken von auf die Hinrichtung bezüglichen Plakaten beschäftigt waren. 200 oder 300 Plakate waren bereits gedruckt. Ein Römischennest wurde in der Glazovstraße entdeckt, und zwar in einem kleinen Hause, das eine Druckerei und ein Laboratorium enthielt. Der Eigen

hümer des Hauses, sowie drei Insassen desselben und zwei Dornits, alle Römischen, wurden verhaftet. In jedem der erwähnten Häuser wurden falsche Siegel, falsche Pässe, Waffen und revolutionäre Flugschriften, Circulare u. s. w. vorgefunden. Für diese Details kann ich einsteben."

Amerika.

Newyork, 16. April. Eine scharfe Abhandlung, be richtet die "N. Hdgtg.", hat ein Meineid gefunden, der mit der letzten Präsidentschaftswahl zusammenhängt. Man erinnert sich, welche Rolle in einigen Staaten die Chinesenfrage in der Campagne spielte, und wie in der ersten Stunde derselben ein kleines Blättchen, das sich mit geringe Rechte "Truth" nennt, einem angeblich von General Garfield geschriebenen Brief veröffentlichte, worin er erklärte, jene Frage habe mit der Politik nichts zu thun und müsse von den Arbeitgebern mit Rücksicht auf ihre pecuniären Interessen allein geordnet werden. Wäre der Brief echt gewesen, so hätte das Aufsehen, welches er erregte, die Majorität Garfields nicht nur bedeutend verringer, sondern seine Ernährung ganz und gar vereiteln können. Es wurde indessen sofort die Fälschung nicht nur behauptet, sondern auch durch gerichtliche Untersuchung festgestellt. Ein Zeuge Namens O'Brien, auch Robert Lindsay genannt, den sich die Anklage verschafft hatte, ein mauvais sujet schlimmster Sorte, lag im Verbör außer anderen Dingen auch, daß er den H. L. Morey, an welchen der Chinesenfall gerichtet gewesen sein sollte, persönlich gekannt, während andererseits dargetheut wurde, daß ein Mann Namens Morey allerdings existierte, aber nicht unter Verhältnissen, wie sie der Brief voraus setzte; daß er ferner nie einen Brief von Garfield erhalten und endlich, wie er persönlich erklärte, O'Brien Lindsay nie in seinem Leben gesehen. Er wurde am Donnerstag in den Generalassessen vor geführt, bekannte sich des Meineids schuldig und wurde zu acht Jahren Zuchthaus verurtheilt. Henry L. Morey, welcher sich im Zeugengewahrsam befand, wurde entlassen und das Verfahren gegen die Redakteure und Herausgeber der "Truth", denen es gelungen, sich die Miene der Betrogenen anstatt der Betrüger zu geben, eingestellt.

Bis zum 16. d. M. reichende Berichte aus Panama melden, daß der Congres von Columbien einen Aufschuß zur Entwerfung einer neuen Convention mit dem Papst niedergelegt habe, da die von General Camargo, dem diplomatischen Vertreter Columbiens in London, unterzeichnete von dem Congres verworfen wurde. — Die Stadt Buenaventura an der Küste des Stillen Oceans, ist durch einen Feuersturm fast gänzlich zerstört worden. Der entstandene Eigentümerverlust wir auf 1 Mill. Dollars geschätzt und 1500 Personen sind obdachlos geworden.

Danzig, 29. April.

* Nachdem in Folge des Eingreifens des Eisbrechdampfers "Weichsel" die Kosten der Eisprägungen, welche im vorigen Jahre 143 000 Ml. betragen, sich in diesem Jahre auf nicht volle 60 000 Ml. ermäßigt haben, wurde von den Deichcommunen und der lgl. Regierung der Bau eines zweiten Eisbrechdampfers für die Weichsel in Aussicht genommen. Das von der hiesigen Schiffswerft- und Reiseleinschmeide-Actiengesellschaft dazu angefertigte Projekt ist in einer vorgestern Nachmittags abgehaltenen Conferenz von den Vertretern der Deichcommunen sowohl wie von den Deputirten der lgl. Regierung einstimmig acceptirt worden und soll nunmehr nicht Zeichnungen und Modelle dem Regierungminister mit dem Antrag auf Genehmigung des Baues und des aus der Staatsklasse zu bestreitenden Anteils an den Baukosten unterbreitet werden. Falls diesem Antrage entsprochen wird, soll der Dampfer bis zur fünfzigsten Eisgangperiode von dem Etablissement der oben genannten Gesellschaft fertig gestellt werden.

* Ein sehr tragisches Ereignis ist gestern Nachmittags in der Werftäste des Segelmachers Grenz am braunen Wasser ereignet. Man war dort dabei beschäftigt, Wachs zu förmeln und mit Benzini zu mischen, um mit dieser Flüssigkeit Segel zu tränken. Hierbei entzündete sich das Benzini in einem Ballon, dieser explodierte und in wenigen Secunden war der ganze Werftsräum ein Flammenmeer. Die in demselben befindlichen fünf Personen: Dr. Grenz, dessen Gattin, zwei Gesellen und ein Lehrling, wurden sämmtlich durch Brandwunden schwer verletzt, am schwersten Frau Grenz, welche mit Bootshaken aus den Flammen herausgezogen werden mußte und deren Leben in grösster Gefahr schwelt. Dr. Grenz und dessen Lehrling brannten brennend in die nahe Motte und

Biertel des Briefes sind voll von dem Kind. Als ich geschrieben, hatte ich mich "Ihr Sie liebender" unterschrieben, Stella unterzeichnet, "Ihr aufrichtige". Es ist nur eine Kleinigkeit, das ist wahr, aber es schmeckt mich nichts desto weniger.

Mathilde ist ihrem Versprechen treu, sie schreibt mir die Wahrheit.

"Seit der Geburt des Kindes", schreibt sie, "hat Mrs. Romayne Ihren Namen nicht mehr genannt; sie kann von nichts mehr sprechen und an nichts mehr denken, als an ihr Kind. Ich kann mich wohl in ihre traurige Lage hinein denken, aber ich finde es doch nicht sehr dankbar von ihr, Mr. Winterfeld vergessen zu haben, der so viel für sie gethan und weiter nichts verlangt, als einige Stunden harmlos bei ihr zuzubringen. Vielleicht kann ich als Unverheirathete Frau nicht über Mutter und Kinder urtheilen. Über ich habe auch meine Gefühle und wenn ich auch Mr. Romayne nicht leiden konnte, so hege ich die Hoffnung für Sie, Sir, verzeihen Sie mir diese Freiheit. Meiner Ansicht nach wird sich die neue Narrheit für das Kind mit der Zeit legen. Es ist schon der Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten geworden. Meine gute Herrin, die Weltersfrau sowohl wie ein liebendes Herz, besitzt, ist der Anfang, daß Mr. Romayne von der Geburt eines Sohnes und Erben unterrichtet werden müsse. Mrs. Eyrecourt sagt sehr wahr, daß der schändliche alte Priester sich zum Nachhüter des Kindes in Besitz von Mr. Romayne's Vermögen setzen werde, wenn nicht Schritte getroffen, um Mr. Romayne zu bewegen, seinem Sohn Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Mrs. Romayne ist sozusagen ein Vater, welcher mit Bootshaken aus den Flammen herausgezogen werden mußte und deren Leben in grösster Gefahr schwelt. Dr. Grenz und dessen Lehrling brannten brennend in die nahe Motte und

Der schwarze Rock

von Wilkie Collius.

Aus dem Englischen übersetzt von J. o. Voettcher.

(Fortsetzung.)

Neapel, 10. Mai. Die schönen Ausführungen zu Anfang meiner Reise haben sich nicht erfüllt. Widrige Winde, Sturm und in Folge dessen ein längerer Aufenthalt in Cadiz, um den an der Nacht angesetzten Schaden auszubessern, haben unsere Ankunft in Neapel bis heute verzögert. Unter diesen widrigen Umständen hat die Nacht sich ausgesetzt bewährt. Ein stärkeres und besseres Schiff ist noch nie gebaut.

Es ist schon zu spät, die Postämter sind schon geschlossen, aber morgen mit dem Frühstück werde ich an das Land schicken, um nach Briefen fragen zu lassen. — Meine ferne Reise hängt von den Nachrichten ab, die ich aus St. Germain erhalten werde. Sollte ich länger in diesen Regionen bleiben, so werde ich meiner Mannschaft die Ferien, welche sie so wohl verdient hat, in Civita Vecchia geben. Ich bin immer gern in Rom, aber ich habe Neapel immer verabscheut.

11. Mai. Meine Pläne sind gänzlich verändert; je weiter ich mich von Frankreich entferne, je besser wird es sein.

Ich habe Nachrichten von Stella und auch von der Kammerjungfer. In beiden Briefen wird mir mitgetheilt, daß das Kind geboren und daß es ein Knabe ist. Glauben Sie denn, daß ich mich für den Jungen interessiere? Es wird mein schlimmster Feind sein, ehe er noch aus dem Trageldele ist.

Stella schreibt freundlich genug, aber mit keiner Sympathie sie mich ein oder läßt mich hoffen, daß sie mich einladen werde, nach St. Germain zu kommen. Sie erwähnt ihrer Mutter nur ganz kurz, indem sie mir sagt, daß Mrs. Eyrecourt sich wohl befindet. Drei Freuden der Pariser Gesellschaft genieße.

Ein äußerst verständiger Brief. Ich werde Mathilde's Rath befolgen. Stella spricht meinen Namen nicht aus und doch ist kein Tag vergangen, an welchem ich ihrer nicht gedacht habe.

Gut, ich glaube, ein Mann kann sein Herz verstärken, wenn er nur will. Ich will mein Herz verstärken und sie vergessen.

wurden durch Nachbarn herausgezogen. Alle fünf Bewohner wurden mit Hilfe der schnell herbeigeeilten Feuerwehr in das Stadtslazarett befördert, der Brand im Hause alsbald durch die Feuerwehr gelöscht.

Marienwerder, 27. April. Nach dem in der heutigen Kreistagsstunde erstattheten Bericht über den Stand und die Verwaltung des Kreiscommunalangelegenheiten dürften die Kosten für den Bau der noch nicht völlig fertig gestellten 4 neuen Kreishäuser nicht ganz die Anschlagsumme abdecken, vielmehr hiervon noch 50—6000 M. zu anderweitigen Verwendungen für den Kreis disponibel bleiben. Ein wirklicher Ernährungsnotstand sei glücklicherweise im verschlossenen Winter in den beiden Kreishäusern nicht eingetreten und das dies nicht geschehen, sei zum großen Teil der Einrichtung und segensreichen Thätigkeit der Polizeikräfte in Marienwerder und Mewe zu verdanken — Der Kreishausbaustat wird hierauf, wie bereits kurz erwähnt, in Einnahme und Ausgabe auf 318000 M. (gegen 186000 M. im Vorjahr) und die Summe der von den Städten und dem platten Lande aufzubringenden Kreisabgaben auf 178400 M. (29850 M. mehr als im letzten Stat) festgesetzt. Nach dem Stat hat der Kreis ein Kapital-Berücksichtigung von 88662 M. Im vorigen Jahre enthielt der Stat diese Position nicht, weil damals angenommen wurde, daß die Chausseebauten alle Ueberlässe absorbieren würden, was sich jetzt als irrig erwiesen, denn unter der erwähnten Summe fielen den 60000 M. Ueberlässe aus dem Vorjahr, zulich gezahlte Landwehrdarlehen, jetzt Kreisbausublenkond 7287 M. und an Conspontien von im Bestande befindlichen Kreisobligationen 6750 M. und 14625 M. Der Titel III „Chausseen“ ergibt eine Einnahme an Pachtgeld von den 4 alten Chausseegeld-Erhebstellern an Chausseegeld von den neu zu errichtenden Chausseehäusern, Beitrag der Provinz zur Bevölkerung eines gemeinschaftlich anzukommenden Baubemantie, die Summe von 23384 M. (11109 M. mehr als im Vorjahr). Diese letztere Summe dürfte sich aber noch bedeutend erhöhen, denn die Herren Reichs-Kanzler und F. Meyer-Marienwerder haben für die Übertragung der Chausseegeld-Einnahme auf den neuen Chausseen auf 5 Jahre ein Gebot von sämtlich 22000 M. abgegeben, (während im Stat nur 9000 M. hierfür ausgeschlagen sind), welcher Betrag in den nächsten Jahren um je 2 Proc. sich steigern soll. Der Kreisausschuss hat dieses Gebot acceptirt. Die Netto-Einnahme an Chausseegeld ist nach dem Kreistagsbeschuß vom 14. Februar d. J. zur Ansammlung eines Chaussee-Nebenaufwands bestimmt. Bei der Ausgabe betragen die Provinzialbeiträge 28620 M. (11680 M. weniger als im Vorjahr, denn 10928 M. Provinzial-Chausseebauabträge fallen jetzt fort.) Zur Tilgung und Verzinsung der Kreischulden sind 102443 M. erforderlich. Die Ausgabe ergibt insgesamt ein Mehr von 13200 M. gegen den vorigen Stat — Durch Kreistagsbeschuß vom 23. November 1874 ist für die Aufzehrung der Kreiscommunal-Abgaben vom Jahre 1875 ab der folgende Maßstab beschlossen worden: die Gewerbesteuer der Klasse A. I. auf dem platten Lande, die Grund- und Gebäudesteuer ist mit dem halben Betrage, die Klasse- und Einkommensteuer mit dem ganzen Betrage der Steueraufnahme des Vorjahrs heranzuziehen, die Gewerbesteuer mit Ausnahme der Klasse A. I. auf dem platten Lande bleibt von der Heranziehung ganz frei, sämtliche Stufen der Klassesteuer werden voll zur Besteuerung herangezogen und es werden dienstlichen Personen, welche wegen eines geringeren jährlichen Einkommens als 420 M. vor der Klassesteuer b-frei sind, nach Massgabe einer fiktiven Steuer von 1 M. 50 S. für das Jahr zu den Kreisabgaben veranlagt. Der Kreis-Ausschuss folgt, nachdem der in der Kreisordnung vorgesehene Zeitraum von 5 Jahren verflossen, nunmehr vor, einer Revision resp. Änderung dieses Maßstabes vorzunehmen und empfiehlt die Annahme nächstender Anträge: die Abgaben zur Besteuerung der Bedürfnisse des Kreisbaus aufsatz vom Statist. 1881/82 ab nach folgendem Maßstabe aufzubringen: 1) die Besteuerung erfolgt nach dem Sollbetrag der directen Staatssteuern des laufenden Jahres mit Ausschluß der Haushaltsteuer, wobei die Klasse- und Einkommensteuer zum vollen Jahresbetrag, die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer zur Hälfte ihres Betrages in Anrechnung kommt, die Gewerbesteuer des niedrigsten Steuersatzes von 3 M. jährlich 100% außer Anfall bleibt; 2) eine Heranziehung der von der Klassesteuer wegen zu geringen Einkommens befreiten Personen nach einem fiktiven Steuersatz findet nicht statt. Diese Vorschläge erregten eine längere Debatte. Der Vorsteher gab in seiner Motivierung des Kreisabgabentragtes zu, daß die Entziehung der Gewerbesteuer eine verhältnismäßig höhere Belastung der Stadt Marienwerder involviere, da letztere keineswegs die Hälfte des Gesamtaufwands an Gewerbesteuer, nämlich ca 10400 M. anbringen müßte. Vor den 21. Kreisen Westpreußens sei es aber 11, welche bereits die Gewerbesteuer heranziehen. Die Vertreter der Städte Marienwerder und Mewe protestierten gegen die jetzt in Vorschlag gebrachte Änderung des Besteuerungsmaßstabes, da hierdurch eine ganz übermäßige Belastung der Städte zu Gunsten des platten Landes eintreten würde. Die Stadt Marienwerder zählt den 2. Theil der Kreisbewohner, ist im Kreistage aber nur durch 3 Mitglieder (den 11. Theil) vertreten, und doch müsse sie den 5. Theil aller Kreis-

Die Mannschaft soll drei Tage an's Land gehen, und dann segeln wir nach Alexandria. Im dortigen Hafen soll die Nacht meine Rückkehr erwarten. Ich habe die Riffäste noch nicht besucht, ich habe die mausefarbenen Kubierinnen noch nicht gesehen. Ein Gelt in der Wüste und eine schwarze Tochter der Natur als Haushälterin, das ist ein neues Leben für einen Mann gleich mir, dem die schale Civilisation Europas zum Etat geworden ist! Ich werde mir den Bart wachsen lassen.

Civita Vecchia, 28. Februar 1863. Nach neunmonatlicher Abwesenheit wieder an der Küste von Italien angelangt!

Was haben meine Freunde mir eingetragen? Sie haben mich brauner und magerer gemacht; sie haben mir mehr Geduld und Geschick an schwachem Tabak gegeben. Haben sie mich Stella vergessen gemacht? Nicht im Geringsten, mehr denn je sehe ich mich danach sie wieder zu sehen. Wenn ich in meinem Tagebuch nachschlage, schäme ich mich wahrhaft meines Ungehäums und meiner Ungebild. Welche erbärmliche Eitelkeit von mir, zu verlangen, daß sie an mich denken sollte, wo sie ganz von den Sorgen und Freuden der Mutterstadt in Anspruch genommen wurde, die ihr so heilig waren, der Kermes, als die einzige Trost ihres traurigen Daseins. Ich nehme aus dem Grunde meines Herzengesetzes Alles zurück, was ich von ihr geschrieben, und aus dem Grunde meines Herzengesetzes vergeben ich dem Kinde.

Rom, den 1. März. Ich fand bei meinem Banquier eine Menge Briefe vor.

Die letzten Nachrichten aus St. Germain enthielten Alles, was ich nur hoffen konnte. In ihrer Antwort auf meinen letzten Brief von Cairo aus, — ich brach das Gelübde des Stillschweigens, als ich dort ankam — schickte mir Stella die schlicht erwartete Einladung.

„Bitte, lieber Bernard, fragen Sie Sorge, zum ersten Geburtstage meines Knaben, am siebenundzwanzigsten März, bei uns zu sein.“ Nach jenen Worten drahtet sie nicht zu fürchten, daß ich zu spät eintreffen werde. Traveller, der Hund hat jetzt seinen Namen wohlverdient, mit sich genöthigt sehen, der Nacht, welche er hat, Lebemohl zu sagen und mit der Eisenbahn, die er hat, seine Heimreise antreten müssen. Keine Stürme, kein Aufenthalt mehr für mich. Lebwohl der See für eine Weile.

Sch. habe meine glückliche Rückkehr aus dem Orient durch ein Telegramm angezeigt, aber ich darf mich nicht zu sehr beeilen, Rom zu verlassen, denn sonst würde ich einen sehr großen Fehler begehen; ich würde Stella's Mutter nicht bestreitigen.

abgaben zahlen. — Justizrat v. Grodded-Marienwerder beantragt event. auch die Grunds- und Gebäudesteuer zum vollen Jahresbetrag bei der Vertheilung in Anrechnung zu bringen und es bei der Heranziehung nicht klassensteuerpflichtiger Personen nach einem fiktiven Steuersatz zu belassen. Die Stadt Mewe zahlt jetzt ca. 12000 M. Kreisabgaben, seit zwei Jahren haben sich dieselben gegen früher verdoppelt. Mehrere dem platten Lande angehörige Kreisämter treten für die Vorlage des Kreisausschusses ein und empfehlen deren unveränderte Annahme. Herr Plehn-Kopitzow sprach aber gegen die ganze Vorlage, während Herr v. Kretz zwar für Heranziehung der Gewerbesteuer, aber gegen Ausschaffung der fiktiven Klassesteuer sich erklärte. Die Versammlung erklärte sich zwar mit den vorgeschlagenen Änderungen des Vertheilungsmaßstabes einverstanden, in Zukunft den Sollbetrag der Staatssteuern für das jedesmalige Statist. Jahr der Repartition zu Grunde zu legen, im übrigen aber erlangte die Vorlage des Kreisausschusses nicht die erforderliche Zweidrittelmajorität.

Neuenburg, 28. April. Dem biegsamen Magistrat ging unlängst vom Landrat in Schwedt die Nachricht zu, daß die Direction der lgl. Ostbahn nicht abgeneigt sei, eine Zweigbahn zwischen Hardenberg resp. Milow und unserer Stadt herzustellen, modisch Neuenburg in direktem Verkehr mit der Ostbahn gelangen und selbst eine Bahnhofstation für vollen Güter- und Personentreib erholten würde. Die Direction rednet augencheinlich auf einen starken Verkehr aus der diesseitigen und jenseitigen Weichselniederung; von der letzteren um so mehr, als dieselbe von der projektierten Weichselstädtbahn wenig berührt wird. Um einen ungefahren Ueberblick über die in Neuenburg etwa zur Verladung gelangenden Güter zu gewinnen, bat die Direction eingehende Erhebungen über den zu erwartenden Verkehr verlangt. Dabei ist bemerkbar worden, daß die qu. Zweigbahn nicht etwa eine schmalpurige, sondern eine Vollbahn mit durchgehenden Gleisen sein soll. Es dürfen nun die betreffenden Verhandlungen über Übergabe des röhigen Terrains resp. baare Baulücken im nächster Zeit beginnen.

Aus dem Ober-Verwaltungs-Gericht.

(Nachdruck verboten.)
Der Gutsinhaber Stürmer betreibt in der Burgstraße Nr. 3 zu Danzig eine Herbergs-Wirtschaft; dieselbe wurde durch Gefangen vom 3. März 1879 wegen Heblerei zu 1 Monat Gefängnis verurteilt, welche Strafe er inzwischen verfüllt hat. Die königliche Polizei-Direction in Danzig klagte in Folge dessen gegen Stürmer auf Entziehung der Concession zum Betriebe der Schankwirtschaft, weil er die bei Erteilung der Concession vorausgesetzte Eigenschaft der Juwärtsigkeit nicht mehr besitzt und die Vermuthung begründet sei, er werde sein Gewerbe zur Ausübung der Heblerei benutzen. Das Bezirks-Verwaltungs-Gericht zu Danzig erkannte am 26. Mai 1880 dem Klage-Antrage gemäß. Stürmer legte hiergegen Berufung ein und behauptete, er sei fälschlicher Weise wegen Heberer verurteilt worden, da er den Anzug, welcher sich nachträglich als geflohen ergab, nicht gekauft, sondern nur in Pfand genommen habe, wie der inzwischen die Strafe verbüßt habende Dieb befunden werde. Das Ober-Verwaltungsgericht zu Berlin stand bei Prüfung der Acten, daß irdirchlich auf Entziehung der Concession zum Schankbetriebe, statt zum Gutsinhaber-Geschäft-Betriebe erlaubt war und verurteilte bei dem Bezirks-Verwaltungsgericht zu Danzig die Declaration der Entscheidung derselben in dieser Richtung. Stürmer führte nunmehr aus, daß die Declaration nicht zulässig gewesen sei, da in der Klage nur Entziehung der Schankconcession beantragt worden sei; das Ober-Verwaltungsgericht verworfen diesen Einwand und bestätigte am 14. April 1881 die Entziehung der Concession zum Betriebe der Gutsinhaber.

Der Kaufmann Alfermann in Danzig besitzt daselbst am Fischmarkt Nr. 40 ein Wohnhaus, welches mit der Hinterfront an die längs der Motte führende Uferstraße grenzt. A. beansprucht von dem Keller- und Erd-Geschoß dieses Grundstücks nach der gedachten Uferstraße zwei Ausgänge anzubringen; es wurde ihm aber die nachstehende Genehmigung von der Polizei-Direction zu Danzig verfasset, weil nach der „Danziger Willkür“ die Anbringung von Ausgängen nach der Uferstraße verboten sei. A. remontierte bei derelben hiergegen und fügte noch an, daß das Haus Fischmarkt Nr. 33 einen solchen Ausgang besitze und auf seinem Grundstück seit 1761 ein Kanon für die Stadtgemeinde zu Danzig, welche Eigentümlichkeit der fraglichen Straße sei, hafset. Am 15. November 1880 erließ die Polizei-Direction eine Polizei-Verordnung, die das Anbringen von Ausgängen nach der fraglichen Uferstraße vom Toblatztor bis zur Fischbrücke (zwischen welchen Straßenzug das A. die Grundstücke angrenzt) unterlässt. A. batte inzwischen bei dem Bezirks-Verwaltungsgericht zu Danzig gegen die Polizei-Direction daselbst die Klage auf Erteilung der Erlaubnis zur Anlegung der beiden Ausgänge angestellt, wurde jedoch am 15. Dezember 1880 hiermit zurückgestossen, weil die Polizei-Verordnung vom 15. Novbr. 1880, die rechtmäßig erlassen, seinem Klage-Antrage entgegengestellt und er ein sonstiges Recht hierzu nicht nachgewiesen habe. Kläger legte hiergegen Berufung ein und führte noch an, daß die Polizei-Verordnung vom 15. Novbr. 1880 nur erlassen worden sei, um sie

Mrs. Eyecourt ersucht mich nämlich dringend, daß wenn ich meinen Rückweg durch Italien nehme, ich ja nicht unterlossen möge, Erkundigungen über Romayne einzuziehen. Sie ist begierig, zu wissen, ob er schon dem Priesterstande einverlebt ist. Ich soll auch suchen zu ermitteln, welches seine Aussichten sind, ob er so ungünstig ist, wie er es zu sein verdient, ob er sich in seinen Erwartungen getäuscht fühlt und vielleicht dadurch wieder zur Vernunft gebracht werden könnte; vor Alem aber, ob Vater Benwell noch bei ihm in Rom ist. Ich glaube, Mrs. Eyecourt hat die Absicht noch nicht aufgegeben, ihn mit der Geburt seines Sohnes bekannt zu machen.

Die richtige Person, bei der ich meine Erkundigungen einzuziehen könnte, wäre jedenfalls mein Bankier. Er lebt schon seit zwanzig Jahren in Rom, aber er ist ein zu geschäftiger Mann, als daß ich ihn in den Geschäftsstunden mit Fragen belästigen könnte. Ich habe ihn eingeladen, morgen mit mir zu speisen.

2. März. Mein Gast hat mich soeben verlassen. Ich fürchte, Mrs. Eyecourt wird traurig überrascht sein, wenn sie hört, was ich ihr mitzuteilen habe.

Sowie ich Romayne's Namen nannte, sah mich der Bankier erstaunt an.

„Das ist ja der Mann, von dem ganz Rom spricht“, sagte er, „es wundert mich, daß Sie noch nichts von ihm gehört haben.“

„Ist er ein Priester?“

Gewiß! und mehr noch, die gewöhnliche Vorbereitungzeit für den Priesterstand wurde für ihn von höchster Stelle aus abgekürzt. Der Papst nimmt großes Interesse an ihm und was das Volk anbelangt, so haben die Italiener ihm schon den Spitznamen: „der junge Cardinal“ gegeben. Glauben Sie nur nicht, wie dieses einige unserer Landsleute thun, daß er die hohe Stellung, die er bereits einnimmt, seinem Reichthum zu verdanken hat. Sein Reichthum hat auf die ihm beigelegte Kunst nur geringen Einfluß. Die Wahrheit ist, daß er in sich zwei entgegengesetzte Fähigkeiten vereinigt, die selten in einem und denselben Manne gefunden werden. Er genießt hier schon einen volkstümlichen Ruf als beredter und überzeugender Kanzelredner.“

„Ein Prediger!“ rief ich aus. „Und ein volkstümlicher Redner? Wie können die Italiener ihn denn verstehen?“

Der Bankier sah mich betroffen an.

„Warum sollen sie einen Mann nicht verstehen, der zu ihnen in ihrer Landessprache redet?“ sagte er. Romayne war der italienischen Sprache schon mächtig, als er hierher kam und seitdem er hier ist, hat er sich daran gewöhnt, auch italienisch zu denken. So lange die Saison hier in Rom dauert, predigt er abwechselnd

Untersagung der Anlegung der beiden Ausgänge gegen ihn aufrecht erhalten zu können. Der vunreig beigefügte Magistrat entgegnete, daß schon seit mehreren Jahrhunderten das Verbot, Ausgänge nach der fraglichen Uferstraße anzulegen, besteht und der Stadtgemeinde ein Untersagungsrecht zustehe. In dem am 21. April vor dem Ober-Verwaltungs-Gericht in Berlin anwesenden Verhandlung-Termin führte der Vertreter des Klägers, Faßb.-Rath Hänsche, noch an, daß die Polizei-Verordnung vom 15. November 1880 eine Änderung der Bau-Polizei-Ordnung vom 28. August 1868, welche auf Grund des § 11 des Gesetzes vom 11. März 1850 mit Genehmigung der Regierung erlassen worden sei, enthalte, daher zur Polizei-Verordnung vom 15. November 1880 gleichfalls die Genehmigung der Regierung erforderlich gewesen wäre. Der Vertreter des Magistrats, Justiz-Rath Lesse, entgegnete, daß die Polizei-Direction zum selbstständigen Erlass der Bau-Polizei-Ordnung competent gewesen sei und sich nur wegen der Wichtigkeit derselben mit der Regierung in Verbindung gesetzt habe; die Danziger Willkür sei 1858 in privatrechtlicher Hinsicht aufgezogen worden, nicht in öffentlicher Hinsicht und bestete in leichterer Hinsicht noch zu Recht; die angekündigte Polizei-Verordnung vom 15. November 1880 stiege nur einen bereits vorhandenen Rechtszustand und sei das Verfahren der Polizei-Direction correct. Das Ober-Verwaltungs-Gericht bestätigte die Anlegung eines neuen Termins und zu demselben nochmals die Auskunft der Regierung zu Danzig darüber herbeizuschaffen, ob besondere Veränderungen unter Publikation der Polizei-Verordnungen in Danzig und eine besondere Verordnung hinstellend der Anbringung von Fenstern nach der Uferstraße zu bestehen.

Der Kreistag des Kreises Pr. Eylau beschloß am 15. Juli 1877 nach § 11 und 13 der Kreisordnung, beabsichtige Tilgung und Verzinsung der zum Ausbau der früheren Interessenten-Chausseen als Kreis-Chausseen aufgenommenen Kreis-Schulden von 118000 M., sowie zur Unterhaltung der Kreis-Chausseen bis zur gänzlichen Rückzahlung der Schulden eine Mehrbelastung der durch die Chausseen bevorzugten Gemeinde- und Guts-Besitzer, sowie eine Neubelastung aller übrigen Gemeinde- und Gutsbezirke einzutreten zu lassen. Am 8. Februar 1878 stellte der Kreistag ein Interessenten-Tableau auf, nach welchem die Interessenten in 4 Klassen eingeteilt wurden und die 4 Klasse 75%, die 3 Klasse 50%, die 2. Klasse 37½%, die 1. Klasse 18½% der Staatssteuern zur Besteuerung der vorgedachten Amortisation zu beisteuern sollten. Nachdem der Kreistag dieses Tableau genehmigt, suchte er nach § 176 II. 5 der Kreisordnung, da es sich um eine Mehrbelastung von über 50% des Gesamtaufwands der directen Staatssteuern handelte, die Genehmigung des Ministers des Innern nach, welche ihm unter dem 9. März 1878 erteilt wurde. In Folge dessen wurde von der ostpreußischen Südbahn-Gesellschaft wegen ihrer im Kreise Pr. Eylau belegenen Bahnhofstation Schadowhenn nach Klasse IV. ein Beitrag von 67 M. 50 S. erforderlich. Dieselbe reklamierte hiergegen, indem sie sich vermöge ihres Interesses an den Kreis-Chausseen nur nach Klasse II. zu einem Beitrag von 33 M. 75 S. für verpflichtet erachtete, wurde jedoch vom Kreis-Ausschuß zurückgewiesen, da der Reklamant § 11 und 13 der Kreis-Ordnung entgegenstünden. Die Eisenbahn-Gesellschaft stellte nunmehr Klage gegen den Kreis-Ausschuß auf Herausgabe des Kreis-Chausseen nur nach Klasse II. zu einem Beitrag von 33 M. 75 S. für verpflichtet erachtete, wurde jedoch vom Kreis-Ausschuß zurückgewiesen, da der Reklamant § 11 und 13 der Kreis-Ordnung entgegenstünden. Die Eisenbahn-Gesellschaft stellte nunmehr Klage gegen den Kreis-Ausschuß auf Herausgabe des Kreis-Chausseen nur nach Klasse II. zu einem Beitrag von 33 M. 75 S. für verpflichtet erachtete, wurde jedoch vom Kreis-Ausschuß zurückgewiesen, da der Reklamant § 11 und 13 der Kreis-Ordnung entgegenstünden. Die Eisenbahn-Gesellschaft stellte nunmehr Klage gegen den Kreis-Ausschuß auf Herausgabe des Kreis-Chausseen nur nach Klasse II. zu einem Beitrag von 33 M. 75 S. für verpflichtet erachtete, wurde jedoch vom Kreis-Ausschuß zurückgewiesen, da der Reklamant § 11 und 13 der Kreis-Ordnung entgegenstünden. Die Eisenbahn-Gesellschaft stellte nunmehr Klage gegen den Kreis-Ausschuß auf Herausgabe des Kreis-Chausseen nur nach Klasse II. zu einem Beitrag von 33 M. 75 S. für verpflichtet erachtete, wurde jedoch vom Kreis-Ausschuß zurückgewiesen, da der Reklamant § 11 und 13 der Kreis-Ordnung entgegenstünden. Die Eisenbahn-Gesellschaft stellte nunmehr Klage gegen den Kreis-Ausschuß auf Herausgabe des Kreis-Chausseen nur nach Klasse II. zu einem Beitrag von 33 M. 75 S. für verpflichtet erachtete, wurde jedoch vom Kreis-Ausschuß zurückgewiesen, da der Reklamant § 11 und 13 der Kreis-Ordnung entgegenstünden. Die Eisenbahn-Gesellschaft stellte nunmehr Klage gegen den Kreis-Ausschuß auf Herausgabe des Kreis-Chausseen nur nach Klasse II. zu einem Beitrag von 33 M. 75 S. für verpflichtet erachtete, wurde jedoch vom Kreis-Ausschuß zurückgewiesen, da der Reklamant § 11 und 13 der Kreis-Ordnung entgegenstünden. Die Eisenbahn-Gesellschaft stellte nunmehr Klage gegen den Kreis-Ausschuß auf Herausgabe des Kreis-Chausseen nur nach Klasse II. zu einem Beitrag von 33 M. 75 S. für verpflichtet erachtete, wurde jedoch vom Kreis-Ausschuß zurückgewiesen, da der Reklamant § 11 und 13 der Kreis-Ordnung entgegenstünden. Die Eisenbahn-Gesellschaft stellte nunmehr Klage gegen den Kreis-Ausschuß auf Herausgabe des Kreis-Chausseen nur nach Klasse II. zu einem Beitrag von 33 M. 75 S. für verpflichtet erachtete, wurde jedoch vom Kreis-Ausschuß zurückgewiesen, da der Reklamant § 11 und 13 der Kreis-Ordnung entgegenstünden. Die Eisenbahn-Gesellschaft stellte nunmehr Klage gegen den Kreis-Ausschuß auf Herausgabe des Kreis-Chausseen nur nach Klasse II. zu einem Beitrag von 33 M. 75 S. für verpflichtet erachtete, wurde jedoch vom Kreis-Ausschuß zurückgewiesen, da der Reklamant § 11 und 13 der Kreis-Ordnung entgegenstünden. Die Eisenbahn-Gesellschaft stellte nunmehr Klage gegen den Kreis-Ausschuß auf Herausgabe des Kreis-Chausseen nur nach Klasse II. zu einem Beitrag von 33 M. 75 S. für verpflichtet erachtete, wurde jedoch vom Kreis-Ausschuß zurückgewiesen, da der Reklamant § 11 und 13 der Kreis-Ordnung entgegenstünden. Die Eisenbahn-Gesellschaft stellte nunmehr Klage gegen den Kreis-Ausschuß auf Herausgabe des Kreis-Chausseen nur nach Klasse II. zu einem Beitrag von 33 M. 75 S. für verpflichtet erachtete, wurde jedoch vom Kreis-Ausschuß zurückgewiesen, da der Reklamant § 11 und 13 der Kreis-Ordnung entgegenstünden. Die Eisenbahn-Gesellschaft stellte nunmehr Klage gegen den Kreis-Ausschuß auf Herausgabe des Kreis-Chausseen nur nach Klasse II. zu einem Beitrag von 33 M. 75 S. für verpflichtet erachtete, wurde jedoch vom Kreis-Ausschuß zurückgewiesen, da der Reklamant §

